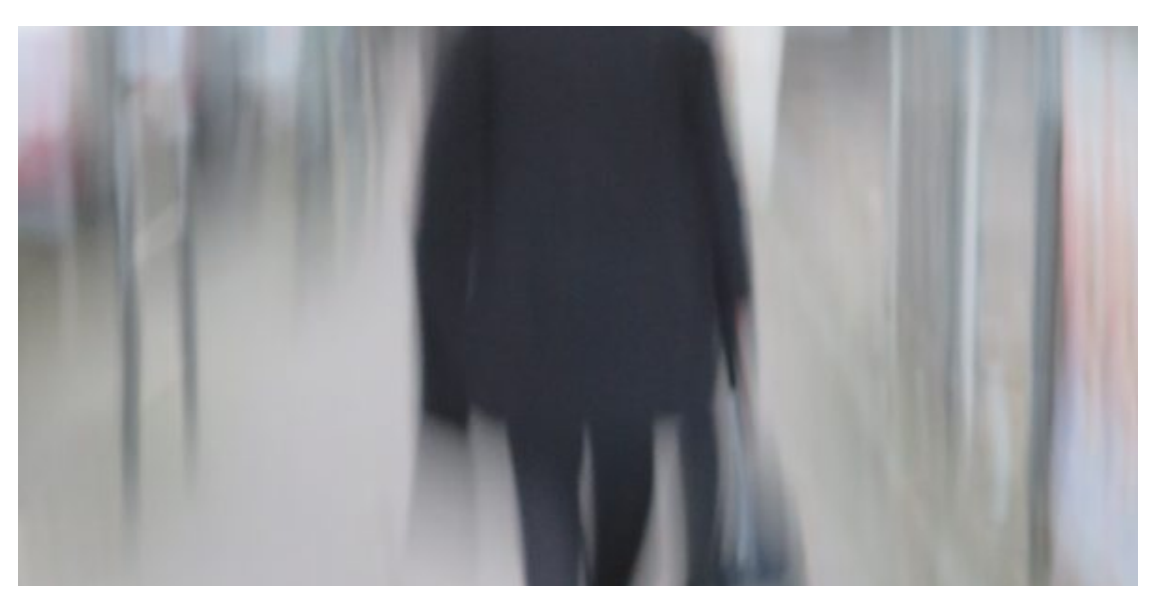






WOLFGANG POHRT 2018-03-18

DURCHBRUCH IN DIE GLEICHE RICHTUNG

DOCUMENTATION BARBARISM, CAPITALISM, HORKHEIMER, JUGOSLAWIENKRIEG, MENSCHENMÜLL, RACKETS

»Im Osten bekommen die Massen des Westens vorgeführt, was ihnen selber blüht. Die Möglichkeit besteht, daß sie dies im richtigen Augenblick noch erkennen. Tatsache ist, daß die Klassenherrschaft noch nie so schwach war, wie im Augenblick ihres jüngsten Triumphes«

Fünf Jahre lang waren Glasnost und Perestroika der Lockruf, der den Intellektuellen im Osten Macht, den Arrivierten Aufstieg und den Massen Konsum versprach. Verlangt wurde dafür, daß sie sich dem Gesetz der Bandenbildung unterwerfen. Skrupellose Intellektuelle und ehrgeizige Funktionäre rufen seither eine autonome Republik nach der anderen aus, um die Reviere abzustecken. Während der Westen sich noch onkelhaft müht, dem Adoptivkind die Spielregeln der freien Marktwirtschaft einzutrichtern, hat es längst tiefer geblickt, nämlich durch die frommen Sprüche hindurch aufs Prinzip, wonach der moderne Unternehmer handelt. Daß der ökonomische Erfolg für ganze Industriezweige wie für jedes Unternehmen von Rang im Zeitalter der Monopole eine Frage der gekauften oder erpreßten politischen Protektion geworden ist, blieb der neuen Bourgeoisie nicht verborgen. Nach oben gekommen im Privilegiendschungel eines korrumpierten Sozialismus, brauchte sie sich nur von den Hemmungen zu befreien, welche die kommunistische Ideologie ihr auferlegt hatte. Was sie fürs höhere Management qualifiziert, sind der Scharfsinn und der Instinkt der Gosse. Wenn die russischen Patrioten den Antifaschisten Honecker an die Häscher des Staates verschachern, wo drei von fünf Präsidenten Mitglieder der NSDAP oder ihrer Gliederungen gewesen waren und die Mörder von Millionen Russen nie verfolgt wurden, ist das ein Geschäft unter Brüdern. Bushs Wort von der neuen Weltordnung ist keine Zukunftsvision, sondern die gesellschaftliche Wirklichkeit nach der faschistischen Konterrevolution im Osten.

»Die neue Ordnung«, schrieb Horkheimer 1941 in Vernunft und Selbsterhaltung, »bezeichnet einen Sprung in der Transformation der bürgerlichen in die unvermittelte Herrschaft und setzt doch die bürgerliche fort. … Die gesellschaftliche Herrschaft geht aus ihrem eigenen ökonomischen Prinzip heraus in die Gangsterherrschaft über.« Statt wie im Märchenbuch auf die Aneignung unbezahlter Mehrarbeit durch den gerechten Tausch und die eigene Tüchtigkeit allein zu vertrauen, helfen die Neuen mit direkteren Mitteln nach. Sie sichern ihre Herrschaft, indem sie sich als Clique organisieren, die von den Mitgliedern statt Gesetzestreue Gruppenloyalität und Abgaben verlangt, die in keiner Abgabenverordnung aufgeführt werden. Der Rechtsbruch

wird zur Voraussetzung für die Mitgliedschaft. Wer an der Spitze steht, steht auch mit einem Bein im Knast, ganz gleich, ob er die Finanzen einer Bundestagspartei, ein Ministerium oder die Exportabteilung eines Chemiekonzerns leitet. Der Praxis im Berufsalltag passen die Manieren und der Umgangston sich an. »Ultimatum aus Bonn: Honecker her, sonst gibt's kein Geld«, titelt Bild am Sonntag (24.11.91) im Jargon der Unterwelt und gibt damit die Meinung von CDU- wie SPD-Politikern wieder, die zwischen Diplomatie und erpresserischem Menschenhandel keinen Unterschied machen. Wenn die Tagesschau aus Bonn berichtet, drängt das vage und doch nicht zu verscheuchende Gefühl sich auf, die Visagen auf der Mattscheibe kenne man alle aus irgendwelchen drittklassigen Krimis. In der Physiognomie ihrer Hauptfiguren spiegelt sich die derzeitige Verfassung der Gesellschaft. Freie Marktwirtschaft in der Bundesrepublik ist, wenn der letzte Würstchenbudenbesitzer gut gepflegte Kontakte zur Stadtverwaltung, nach Möglichkeit das richtige Parteibuch und ein paar Spendenquittungen braucht, um auf dem Rummel einen Standplatz zu kriegen.
Später wird auch die Masse der Bevölkerung reorganisiert. Statt sich nur ausbeuten zu lassen, muß sie den neuen Führern obendrein Dankbarkeit, Treue und Aufopferungswillen schenken. Vorher aber verordnen die Privilegierten die Bandendisziplin sich selbst. Zuerst reihen sich die ein, die außer ihrer Parteilichkeit nichts zu verkaufen haben, vor allen anderen legen sich die sogenannten Intellektuellen flach. Von Berufs wegen auf den Betrug dressiert, die Halbbildung mit Autorität heischender Gebärde als Sachkompetenz auszugeben, dient der funktionslos gewordene Teil der alten Bourgeoisie sich den künftigen Machthabern in der Übergangszeit als Zeremonienmeister an. Die Selbstzensur der Presse und der Medien, das tägliche Lügen und Verschweigen hat weniger die Funktion, kriminelle oder skandalöse Interna vor einem kritischen Publikum geheimzuhalten, das schon gar nicht mehr existiert. Ob die Lüge einen politischen Zweck, ob sie überhaupt einen Zweck erfüllt, ist einstweilen nebensächlich, denn zunächst kommt es darauf an, alle zu Komplizen zu machen. Die Clique muß zur verschworenen und verschwiegenen Gemeinschaft verfestigt werden, deren Grundregel nichts ausplaudern und nie die Wahrheit sagen heißt.

Lange bevor die Faschisten die Macht übernehmen, wird das Personal gesiebt. Wer zum Mitmachen und zur Verschwiegenheit erst gezwungen werden muß, hat sich schon als unsicherer Kantonist erwiesen. Es setzt daher die freiwillige Selbstgleichschaltung der öffentlichen Meinung ein, und sie nimmt die Form eines Wettbewerbs an, wo den Siegern die schönsten Preise winken. Besonders tut sich dabei hervor, wer Grund zur Annahme hat, daß er den künftigen Machthabern suspekt sein könnte. Die ehemaligen Linken spüren, daß man von ihnen mehr als von den anderen verlangt. Sie hatten einmal für den Kommunismus geworben, nun müssen sie tätige Reue und Wiedergutmachung leisten. Wenn sie sich bei der Kommunistenhatz von keinem übertreffen lassen, so heißt das nicht, daß sie einfach den Chor um eine paar besonders schrille Stimmen verstärken. Was sie sagen, ist unerheblich, wichtig ist, was sie tun. Dem Publikum sollen sie, die einmal Kommunisten waren, durch ihr eigenes Verhalten vorführen, daß Kommunisten zu jeder Schäbigkeit bereit sind. Nur sie selber können das, deshalb sind sie für einen Augenblick unersetzlich, danach kann man sie verhaften. Wenn die taz antijugoslawische Hetzkommentare aus der Feder des SDS-Alt-Apparatschiks Semler druckt, hat die Linke die ihr vorbehaltene Aufgabe der Selbstdiskreditierung erfüllt.

Das Muster des Vorgangs hat Arthur Koestler, damals Redakteur beim als anti-nationalsozialistisch geltenden Ullstein-Konzern, in einem Rückblick auf das Jahr 1931 beschrieben: »Jede Phase dieses Auflösungsprozesses spiegelte sich in der Meinungsfabrik, in der ich tätig war. Der Ton unserer Zeitungen änderte sich merklich. In der Vossischen Zeitung erschien wöchentlich eine Spalte, die Meldungen über deutsche Minderheiten außerhalb der Reichsgrenze brachte. Nicht wenige von uns hörten damals das Wort 'Sudetendeutsche' zum erstenmal. Es klang so hinterwäldlerisch, daß es zu einem ständigen Witz der Feuilletonredakteure wurde, zu sagen: 'Du bist ein typischer Sudetendeutscher'. Doch die neue Spalte war nicht als Witz gedacht. Sie war das Symbol einer unbewußten Neuorientierung vom Kosmopolitismus weg zum Alldeutschtum…. Die Leitartikel wurden gespreizt, patriotisch und provinzlerisch. Es war nicht nötig, die Redakteure und Auslandskorrespondenten zu diesem Kurswechsel aufzufordern. Nachdem der Ton einmal angeschlagen war, paßten sie sich an – instinktiv und automatisch. Hätte man ihnen vorgeworfen, daß sie ihren Standpunkt geändert haben, würden sie es entrüstet und überzeugt verneint haben. … Ich war eine kurze Zeit lang stellvertretender Chef der B. Z. am Mittag und bei einer Konferenz zugegen, in der beschlossen wurde, den Feldzug gegen die Hinrichtung Harmanns abzubrechen. Es ging ganz rasch und reibungslos. Der Verlagsdirektor führte aus, Harmann sei ein unsympathischer Charakter, und wenn wir für seine Begnadigung einträten, so würde das die Öffentlichkeit gegen uns aufbringen – 'was wir uns zur Zeit nicht leisten können'. Da sich die meisten Redakteure bereits damals in ihren Posten nicht mehr sicher fühlten, gab es keinen einzigen Protest. … So wurde sang- und klanglos in wenigen Minuten eine Kampagne aufgegeben, die wir jahrelang aus tiefster Überzeugung geführt hatten. Es war das nur eine Kapitulation aus einer ganzen Serie, die aber umso auffälliger war, als sie keinen unmittelbaren Bezug auf politische Fragen hatte. Wir kapitulierten einfach vor der rapid wachsenden Brutalisierung der Masse.«1

Wie die Lügen der Presse dient die Brutalisierung der Masse in der Anfangsphase vornehmlich dem volkspädagogischen Zweck, die neuen Verhaltensregeln zu üben. Die beinahe täglichen Berichte und Reiseberichte im Fernsehen und in der Presse über Sudeten-, Wolga- und etc.-Deutsche sollen vorläufig nur demonstrieren, daß man sich auf jeden verlassen können wird. Auch in Hoyerswerda und anderswo ging es noch gar nicht darum, wirklich massenhaft die Ausländer zu vertreiben. Vor dem großen Coup, der später kommt, müssen alle schon soviel auf dem Kerbholz haben, daß nachher, im Ernstfall, keiner petzt oder abspringt. Die Mordanschläge rechtsradikaler Banden auf Asylbewerber und andere Ausländer waren ein Eignungstest. Geprüft wurde, ob allen klar ist, daß sie stillhalten müssen. Der Test wurde, wie der Pariser Libération auffiel, erfolgreich bestanden. Unter dem Titel »Neo-Nazis rütteln das vereinte Deutschland nicht auf« schrieb das Blatt über die Resonanz, welche der Aufruf gefunden hatte, am 9. November gegen die gewalttätige Verfolgung von Ausländern zu demonstrieren: »Dieses Wochenende mit dem doppelten

Jahrestag war eine Art Test für die deutsche öffentliche Meinung. Gleichgültigkeit oder Apathie? Eine dermaßen kümmerliche Mobilisierung beweist nur wieder, daß es den Deutschen schwer fällt, ihre Solidarität mit Ausländern und Asylsuchenden zu bezeugen.«

In Ländern mit demokratischer Tradition und entwickeltem Kapitalismus ist die Transformation der bürgerlichen in die unvermittelte Herrschaft oft ein mühsamer Prozeß, weil gegen die Brutalisierung der Masse, die sukzessive Ausschaltung der freien Konkurrenz, die Lähmung der öffentlichen Kontrollorgane und die kriminellen Touren des Führungspersonals sich hinhaltender, manchmal sogar erfolgreicher Widerstand bildet. Hier bildet er sich nicht. Für die neue Bourgeoisie im Osten hieß dies, daß sie sich die Deutschen zum Vorbild nehmen mußte, um in einem Sprung auf die Höhe der Zeit zu kommen. Schon die Methode des Machterwerbs, nämlich der Funktionärsputsch gegen die kommunistische Parteibasis, wies sie als gelehrigen Schüler aus. Die Folge davon war, daß jedes ihrer neu-erdings auf Demokratie und freie Marktwirtschaft eingeschworenen Mitglieder sich im Hinblick auf die eigene politische Vergangenheit als Verräter betrachten muß. Im Unterschied zur alten Bourgeoisie, die eine Weile vom moralischen Heroismus ihrer frühen Tage zehren konnte, kam die neue im Osten gleich als fertige Bande von Überläufern auf die Welt. War die bürgerliche Revolution einmal die Eroberung der politischen Macht durch die ökonomisch schon führende Klasse gewesen, so sind die friedlichen Revolutionen im Osten heute das Betrugsmanöver einer parasitären Kaste, die auch zum Islam oder zum Hinduismus konvertieren würde, wenn sie sich davon Macht und Privilegien verspräche. Darin ähnelt die neue Bourgeoisie im Osten der deutschen, die sich mit gleicher Begeisterung dem Führer wie der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verschrieb. Die vermeintliche Rückständigkeit ihres Regimes ist leider keine, sondern sie nimmt das ein weiteres Mal sich abzeichnende Ende der bürgerlichen Epoche und den Übergang vom Kapitalismus zur Barbarei vorweg.

Das Ende der bürgerlichen Gesellschaft kündigt sich an, wenn die Bürger an keine Nachwelt mehr glauben und stellvertretend für diese Nachwelt ihre eigene Zeitgeschichte aus der kosmischen Perspektive eines späteren, auf die Jahrhunderte zurückschauenden Erzählers betrachten. Was Victor Klemperer in seinem Buch LTI (Lingua Tertii Imperii = Die Sprache des Dritten Reiches) über die Sprache des zwölfjährigen Reiches schrieb, das sich in Vorahnung seines nahen Endes beschwörend ein tausendjähriges nannte, liest sich wie ein Bericht über den Verlautbarungsjournalismus und die politische Rhetorik im Fusionsjahr 1990: »Er (der Nationalsozialismus) nimmt sich so wichtig, er ist von der Dauer seiner Institutionen so überzeugt, oder er will so sehr davon überzeugen, daß jede Bagatelle, die ihn angeht, daß alles, was er anrührt, historische Bedeutung hat. Historisch ist ihm jede Rede, die der Führer hält, und wenn er hundertmal dasselbe sagt, historisch ist jede Zusammenkunft des Führers mit dem Duce, auch wenn sich gar nichts an den bestehenden Verhältnissen ändert; historisch ist der Sieg eines deutschen Rennwagens, historisch ist die Einweihung einer Autostraße, und jede einzelne Straße und jede einzelne Strecke jeder einzelnen Straße wird eingeweiht; historisch ist jedes Erntedankfest, historisch jeder Parteitag, historisch jeder Feiertag jeglicher Art; und da das Dritte Reich nur Feiertage kennt – man könnte sagen, es habe am Alltagsmangel gekrankt, tödlich gekrankt, ganz wie der Körper tödlich krank sein kann an Salzmangel , so hält es eben alle seine Tage für historisch.«

Damals schon fiel dem Beobachter ein Wörtchen auf, welches seit 1982 wieder in der Bundesrepublik herumgeistert, zunächst den politischen Umschwung nach dem Machtantritt der Regierung Kohl meinte, dann den Zusammenbruch der DDR bezeichnete und heute endsiegesgewiß den wirtschaftlichen Aufschwung im Osten verheißt: »Und im April 1945, als für den Blindesten alles zu Ende war, … da fand sich unter diesen kriegsmüden und Enttäuschten und Verbitterten doch immer noch der eine und der andere, der mit starren Augen und gläubigen Lippen versicherte, am 20. April, am Geburtstag des Führers, werde 'die Wende', werde die siegreiche deutsche Offensive kommen.« (Klemperer, LTI)

Die Barbarei, die nah ist, wenn von der Wende gesprochen wird, tritt ein, wenn die Wirtschaft zusammenbricht. Bislang war die Krise das die Produktivkräfte revolutionierende Moment im Prozeß der Kapitalakkumulation. Aus der periodisch wiederkehrenden und zeitlich befristeten Kapitalvernichtung mit Massenarbeitslosigkeit und Massenelend wird nun die dauerhafte Zerschlagung des gesellschaftlichen Produktions- und Verteilungsapparats. Die Menschen, in der kapitalistischen Produktion ohnehin ein zu minimierender Kostenfaktor, verwandeln sich dann in unnütze Esser und Gefolgschaft, nur für Massenaufmärsche und im Krieg lassen sie sich noch verwenden. Tendenziell gleichen alle schon den Wirtschaftsasylanten, wie man heute die Verelendeten nennt, die weltweit vor dem Hunger aus den immer größer werdenden Armutsgebieten auf die schrumpfenden Wohlstandsinseln flüchten; nur der Zufall unterscheidet die Bessergestellten vom Menschenmüll, der sich von Washington bis Moskau vor Suppenküchen und Wärmestuben drängelt. Die Implosion des Produktions- und Verteilungsapparats erscheint denen, die sie nicht wahrhaben wollen, als Bevölkerungsexplosion, und sie können sich auf Tatsachen berufen. Denn Tatsache ist, daß eine in ihrer politischen und ökonomischen Entwicklung um hundert Jahre zurückgeworfene Welt die zahlreicher gewordenen Menschen nicht ernähren könnte, die heute auf ihr leben. Wäre die Niederlage der Oktoberrevolution, die endgültig zu nennen hoffentlich voreilig war, nur moralischer Natur, so ließe sich die philosophische Enttäuschung verschmerzen. Es steht im Osten aber nicht bloß der Glaube an die richtige Sache auf dem Spiel, sondern das Leben von Millionen Menschen.

Wenn der Kapitalismus ein innerhalb seiner Entwicklungsmöglichkeiten nur durch Krieg zu lösendes Bevölkerungsproblem produziert und die Menschen die Ursache des Problems nicht erkennen wollen, verhält sich erfahrungsgemäß die Weltbevölkerung instinktiv wie eine niedere Tierart. Als hätten alle den Ruf vernommen, daß gestorben werden muß; als gelte es, eine naturgesetzlich vorgeschriebene Selbstdezimierung im Interesse der Arterhaltung zu vollstrecken, wie sie bei Bienenvölkern wohl üblich ist, werden in den großen Nationen wie bei den entlegensten Bergstämmen plötzlich völkische Gefühle wach. Leute, die am dringendsten einen warmen Wintermantel und eine zusätzliche Mahlzeit bräuchten; arme Schlucker, die ihren Namen nicht schreiben können, hören den Demagogen zu, die meist Schriftsteller oder andere verkrachte Intellektuelle sind, ehrgeiziges Gesindel, das zu Ruhm oder an die Macht kommen will und deshalb von der Nation, ihrer Kultur, Tradition, Würde etc. faselt. Statt

die Halunken auszulachen oder zu verhauen, erklären die Massen sich demonstrativ bereit, zu morden und sich selber ermorden zu lassen im Kampf für die gleiche Gemeinschaft, die sie Zeit ihres Lebens ausgestoßen hat.

Zwischen der Bereitschaft zur Tat und der Tat selber aber besteht ein Unterschied. Zwar werden die Voraussetzungen für das große Abschlachten vom gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß gleichsam automatisch produziert. Doch wenn die Zeit reif ist, muß einer die Initiative ergreifen, das Gemetzel beginnt nicht von allein. Halbwissend durchschauen die Massen den Schwindel auch, dem sie aufgesessen sind, sie zögern und sträuben sich dagegen, mit dem Wahn ernst zu machen, dem sie verfielen. Oft sind die Menschen humaner und klüger als das, was sie in solchen Zeiten stolz ihre nationale Identität oder ihre Kultur nennen. Wilde Feuergefechte fanden im Frühjahr 1991 zwischen einander in Sichtweite gegenüberstehenden kroatischen und serbischen Milizen statt, doch weder Tote noch Verwundete waren zu beklagen, denn beide Parteien schossen wutentbrannt und zugleich hilflos verzweifelt in die Luft. Ihre Hemmungen verloren sie erst, als man der einen Partei für den Fall, daß sie auf den Mann zielen würde, das Himmelreich versprach: völkerrechtliche Anerkennung, militärischen Beistand, Wirtschaftshilfe in Hülle und Fülle, EG-Mitgliedschaft, Milliardenkredite.

Wenn einer drängen, locken und den Anfang machen muß, damit die Geschichte ihren logischen Gang weitergehe und die Krise ihre naturgemäße Lösung finde, dann scheint es so zu sein, daß die Welt sich wieder auf eine erprobte Kraft besinnt, die zweimal schon jeweils mittels eines Weltkriegs das Endstadium des Kapitalismus in ein Anfangsstadium zurückverwandeln half. Als habe die Vorsehung den Politikern aller wichtigen Länder ins Ohr geflüstert, daß wieder mal eine Fristverlängerung erforderlich und deshalb die Zeit gekommen sei, wo Deutschland gebraucht werden würde, wurde der böse Kadaver mit ihrer Hilfe reanimiert. Wie zur Bestätigung, daß es in diesem Sinne richtig gewesen war, die Wessis mit den Ossis zu vermählen und das monströse Paar Partner in Leadership zu titulieren, lief die erste außenpolitische Initiative der in die volle Souveränität entlassenen Nation dann auch darauf hinaus, an eine der letzten außenpolitischen Initiativen ihrer Vorgängerin anzuknüpfen. Überall, nur nicht hierzulande, weckte die diesjährige deutsche Balkanoffensive die Erinnerung an jenen anderen Feldzug, der das gleiche Land zum Ziel gehabt und obendrein vor genau einem halben Jahrhundert stattgefunden hatte. Wurden vor der Wiedervereinigung die runden Jahreszahlen noch zum Anlaß genommen, sich selber in der Rolle des schuldbeladenen reuigen Sünders zu beweinen, so hat man im neuen Deutschland ein anderes Verhältnis zur Vergangenheit gewonnen. An die Stelle bekümmerter Mahn- und Gedenkveranstaltungsrituale tritt der unbekümmerte Wiederholungsversuch2, und er wird vom Ausland geduldet.

Gewiß stößt die Absicht der Deutschen, die Bevölkerung Jugoslawiens in den Bandenkrieg zu hetzen, auf Widerstand, weil der Wunsch, auf dem Balkan die Funktion einer Schutz- und Ordnungsmacht zu übernehmen, sich als Wille zur Vorherrschaft in Europa entpuppt. Als die Bundesregierung Mitte November ein weiteres Mal das kroatische Regime in seiner selbstmörderischen Kriegsführung durch das falsche Versprechen bestärkte, seine Anerkennung stünde nun unmittelbar bevor, argwöhnte sogar die pro-kroatische Neue Zürcher Zeitung: »Umso seltsamer berührt es, daß die Bonner Politik ausgerechnet in diesem Zeitpunkt wieder den Drang verspürt, mit einer Initiative zur Anerkennung Sloweniens und Kroatiens, bevor der Konflikt um die serbische Minderheit gelöst ist, voranzugehen.... Aber was soll das, wenn ausgerechnet dasjenige Land, das sicher keine Blauhelme zur Trennung der Kämpfenden entsenden wird, sich für die Anerkennung stark macht?« Auch wurde im Ausland der Erfolg des Hitler-Bewunderers Haider registriert. Es wurde vermerkt, daß Deutschland und Österreich einander auf vielfältige Weise nahe rücken. Beide sind faktisch gegen Serbien, ihren gemeinsamen Feind aus zwei Weltkriegen, verbündet, und während erstmals seit 1945 in Deutschland SA-ähnliche Schlägerbanden systematisch Ausländer verfolgen, wird gleichzeitig in Österreich eine faschistische Partei die zweitstärkste politische Kraft. Und über die Rolle der Bundesregierung beim Außenministertreffen in Rom schließlich, wo Sanktionengegen Jugoslawien beschlossen wurden, wußte der Spiegel vom 11. November zu berichten: »Die Deutschen versuchten, ihre zerstrittenen EG-Partner mit einem Kraftakt gegen Serbien in Stellung zu bringen. ... Getragen vom seltenen Konsens im Bonner Parlament, drohten Kanzler Helmut Kohl und sein Vizekanzler Hans-Dietrich Genscher mit einer 'schweren Krise' in der Gemeinschaft, sollten sich die EG-Partner weiterhin umfassenden Sanktionen gegen Serbien widersetzen und den 'kooperationsbereiten Republiken' (Genscher) Kroatien und Slowenien völkerrechtliche Anerkennung verweigern.... Schon vor der Krisensitzung in Rom prophezeite ein Bonner Diplomat: 'Wir stehen einer gegen elf.'«.
Einer gegen elf stehen zu können aber heißt, eine Position zu vertreten, mit der viele insgeheim liebäugeln. Weil der Sieg des Westens einer der Verwüstung und des Elends ist, weil er eine objektiv revolutionäre Situation produziert, halten ihn zu Recht alle für gefährdet. Das Ende der vom Kapital diktierten Produktion und der Übergang zu einer anderen, in welcher die Menschen statt des ausführenden Organs das Subjekt wären, erweist sich seit dem Zusammenbruch des Ostblocks mehr denn je als eine Frage der nackten Existenz für die überwältigende Mehrheit der Menschen. Im Moment seiner größten Schwäche wird deshalb Kuba zur ernstesten Gefahr für die USA, wie Europa sich mit der Existenz eines kommunistischen Albaniens trotz dessen Winzigkeit und Bedeutungslosigkeit nicht abfinden wollte. Wenn die Sieger ihres Sieges nicht froh werden können, darf keine Erinnerung an den Feind übrig bleiben. Der Kampf geht dann in den Ausrottungsfeldzug und später in die Spurenbeseitigung über, die beginnt, wenn der Gegner noch im letzten Schlupfwinkel aufgespürt und geschlagen wurde. Nicht nur die Denkmäler und die Städtenamen müssen verschwinden, sondern überhaupt stellen einmal kommunistisch gewesene Länder als Erinnerung an eine andere Zeit eine permanente Bedrohung dar. Weil der Kommunismus, statt endgültig überwunden worden zu sein, vielmehr objektiv auf der Tagesordnung steht und nicht er, sondern die sogenannte Marktwirtschaft am Ende ist, besteht das Risiko, daß die dem Kommunismus schon einmal verfallenen Länder rückfällig werden. Es genügt nicht, daß sie sich zum Kapitalismus bekennen, zumal dies Bekenntnis nur ein leeres Wort bleiben und keiner den Halunken, die es im Munde führen, über den Weg trauen kann. Die Länder müssen sich auflösen, untergehen, von der Landkarte verschwinden.

Wie man dem nachhilft, wenn es nicht freiwillig geschieht, und wie man am Ende dann doch das genaue Gegenteil des Bezweckten erreicht, hat Deutschland vor 50 Jahren gezeigt, als es Jugoslawien mittels einer Doppelstrategie verwüstete. Sie bestand darin, zunächst den Staat militärisch zu zerschlagen und anschließend das wehrlose Land als Revier einer Clique zu überlassen, die eine überdrehte Version, fast eine Karikatur der in Deutschland herrschenden Mörderbande war. Während heute die diplomatische Unterstützung für kroatische Staatsgründungsversuche in Jugoslawien de facto zwar Anstiftung zum Massenmord ist, aber nicht unmittelbare Beteiligung an den sich mit logischer Konsequenz aus der eingeschlagenen Politik ergebenden Verbrechen, griffen damals die Nazis direkt in das Geschehen ein3, indem sie einen Haufen Krimineller als Staatsführung installierten.

Die Sache begann damit, daß es in Jugoslawien sonderbarerweise viele Leute gab, die zäh an der bürgerlichen Vorstellung hingen, daß der Tausch keine Abhängigkeit begründet, weil darin jeder schon bekommt, was ihm zusteht. Sie sahen deshalb nicht ein, daß intensive Handelsbeziehungen zum Deutschen Reich mit politischer Fügsamkeit zu bezahlen wären. Weil nach bürgerlichem Recht auch das Schuldverhältnis den Gläubiger nur zu sachlichen, nicht zu persönlichen Ansprüchen berechtigt – ich kann meinen Schuldner zur Hergabe des ausstehenden Betrages zwingen, aber nicht dazu, daß er mir schmeichelt oder meine Schuhe putzt , waren sie ferner nicht bereit, sich als Gegenleistung für erhaltene Wirtschaftshilfe zu Komplizen und Befehlsempfängern der Nazis degradieren zu lassen. Nicht jeder, der nimmt, ist käuflich.

Der Monopolkapitalismus aber setzt die Käuflichkeit der Menschen und der Nationen voraus. Sind nach traditioneller bürgerlicher Vorstellung mit der Übergabe der Ware und des Geldes die Verpflichtungen für beide Parteien erfüllt und die wechselseitigen Ansprüche erloschen, so begründet der Tausch unter dem Monopol ein Treueverhältnis. Der Verkäufer seiner Arbeitskraft oder seiner Produkte hat es als Gnade zu betrachten, wenn er überhaupt arbeiten oder liefern darf. Für die ihm gewährte Gunst muß er sich erkenntlich zeigen, Wohlverhalten, Dankbarkeit und Komplizenschaft werden von ihm als Gratiszugabe verlangt. Mit seinen Leistungen und seinen Produkten allein, so wird ihm bedeutet, kann er verhungern und verschimmeln, wenn er nicht das Wohlwollen der Machthaber besitzt. Mußte der alte Bürger als seines eigenen Glückes Schmied nur tüchtig und fleißig sein, um sich auf dem Markt gegen die anonyme Konkurrenz zu behaupten, so muß der neue vor allem den Agenten des Abnahmemonopols seine persönliche Treue beweisen. Die bürgerliche Gesellschaft, die ihrem Begriff nach die Versammlung von freien Individuen war, die nur den Gesetzen des Markts gehorchen müssen, bildet sich zurück in ein Geflecht von Unter- und Überordnung und persönlicher Abhängigkeit.

Für die Beziehungen zwischen den Nationen heißt dies, daß Handelspolitik unmittelbar mit Machtpolitik identisch wird. Zu den ersten, die von der neuen Möglichkeit Gebrauch machten, gehörten die Deutschen. Während England, Frankreich und die USA noch nach alter Tradition Kapital nach Jugoslawien exportierten, setzte das Reich schon auf die modernere Strategie. Im März 1933 hat der damalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt, von Bülow, sie in einer Denkschrift erläutert: »Unsere Politik gegenüber der Kleinen Entente (Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien) wird sich zum Ziel setzen müssen, ihre Bindung an Frankreich möglichst zu lockern und insbesondere auch die Tschechoslowakei von einer allzu engen Anlehnung an Polen abzuhalten. Das beste Mittel hierfür ist zweifellos eine Wirtschaftspolitik, die den deutschen Absatzmarkt für die Produkte dieser Länder öffnet. Vor allem Rumänien und Jugoslawien könnten bei ihrer heutigen katastrophalen Wirtschaftslage auf diesem Wege in der Richtung ihrer Außenpolitik maßgebend beeinflußt werden.« Acht Jahre später, im Januar 1941, fand die Forschungsstelle für Wehrwirtschaft beim Amt des Beauftragten für den Vierjahresplan einerseits zwar Grund zum Jammern: »Wir haben die Erzeugnisse dieser Gebiete, die damals am Weltmarkt fast unverkäuflich waren, zu höheren als Weltmarktpreisen importiert, haben unsere Ausfuhr durch ZAV (Zusatzausfuhrverfahren, eine Art Exportsubventionierung wie heute im Osthandel) verbilligt und uns eine Abwertung der Mark gefallen lassen. Die Südoststaaten haben also von uns erheblich mehr Arbeitsstunden als Gegenwert für ihre Leistungen erhalten können.« Andererseits wurde triumphierend festgestellt, dafür habe Deutschland eine »marktbeherrschende Stellung im Südosten« gewonnen, und natürlich war damit gemeint, daß man die Länder dort am kurzen Zügel habe. (Zitate nach Sundhaussen, Wirtschaftsgeschichte) .

Tatsächlich sah es dann so aus, als ob die gewährten Vergünstigungen sich rentieren würden, allerdings nicht lange. Am 25. März 1941 hatten die Bemühungen des Dritten Reiches, das ökonomisch von Deutschland abhängige Jugoslawien zum Anschluß an den Dreimächtepakt (Deutschland, Italien, Japan) zu drängen, mit der Unterzeichnung eines entsprechenden Abkommens zunächst zwar Erfolg. Zwei Tage später aber wurde die nachgiebige jugoslawische Regierung gestürzt, durch einen unblutigen Putsch serbischer Offiziere zwar, doch mit großer Unterstützung der Bevölkerung, wie eine Schilderung des Putschtages zeigt: »In den frühen Morgenstunden füllte sich die Innenstadt Belgrads mit einer unüberschaubaren Menschenmenge. Aus den Fenstern und von den Balkonen wurden Fahnen herausgehängt. Die Menge rief 'Lieber Krieg als den Pakt' und 'Lieber das Grab als die Sklaverei'.« Der Berichterstatter fährt fort: »Kaum einer von den begeisterten und stolzen Menschen ahnte, wie schnell sich die Losungen erfüllen sollten. Während die Belgrader noch im Gefühl der wiedererlangten Ehre und Freiheit auf den Straßen tanzten, beschloß Hitler, Jugoslawien militärisch zu vernichten« (Sundhaussen, Geschichte Jugoslawiens). Den gleichen Gedanken – daß die Serben zu bestrafen waren – notierte Ernst von Weizsäcker, der Vater des heutigen Bundespräsidenten, damals Staatssekretär im Auswärtigen Amt: »Unser Versuch, Jugoslawien unter Druck in die Achsenfront zu drängen, war vielleicht etwas zu sehr unter Zeitmangel ausgeführt.... Wie dem auch sei, nun hat Serbien umgeschmissen.... Belgrad wird demnächst noch die Rechnung zahlen und als Stadt sehr viel auszustehen haben. Wir lassen uns auf die dämmernde Vernunft nicht mehr ein, weil das Heft nicht mehr in der Hand der Vernünftigen ist. Das Fatum schreitet weiter« (ebd.). Das tat es, am 6.

April wurde Belgrad ohne Kriegserklärung und Vorwarnung in mehreren Wellen von der deutschen Luftwaffe bombardiert, gleichzeitig stießen Panzerverbände über die Grenze vor. Der militärische Teil der Operation war in 11 Tagen erledigt und endete am 17. April mit der bedingungslosen Kapitulation der regulären jugoslawischen Armee.
Noch während die Wehrmachtsverbände auf Belgrad vorrückten, wurde am 10. April in Zagreb der Unabhängige Staat Kroatien proklamiert, der ein Ebenbild des deutschen werden sollte. Die weitere Entwicklung bewies, daß die Deutschen am gefährlichsten sind, wenn sie statt vernichten aufbauen wollen. Ihre Truppen waren schlimm, aber erst ihr Herrschaftsmodell war tödlich. Sie exportierten es in ein rückständiges, bettelarmes Land, das zu den am dichtesten besiedelten Gebieten Europas gehörte, wenn man die Einwohnerzahl nicht auf die Gesamtfläche, sondern auf die landwirtschaftlich nutzbare Fläche bezieht. Das wenige Ackerland mußte fast alle ernähren, denn rund 80 Prozent der Erwerbspersonen waren in der Landwirtschaft tätig, fürs Jahr 1941 wurde die Analphabetenquote auf 40 Prozent geschätzt. Wenn Kroatien heute entwickelter ist, so hat es dies der kommunistischen Mißwirtschaft zu verdanken. Wenn das alte kroatische Kulturvolk heute lesen und schreiben kann, so hat es dies in Jugoslawien gelernt.

Als Führer der Staatsattrappe, die das Produkt eines Unternehmens war, das schon bei den Nazis Neuordnung Europas hieß, wurde der Mussolini-Günstling Dr. Ante Pavelic aus dem italienischen Exil herbeigeholt. In Frankreich wurde der »Advokat ohne Klienten und Politiker ohne Anhänger«, wie er in seiner Heimat hieß, per Haftbefehl wegen Beteiligung am Mordanschlag auf den jugoslawischen König in Marseille 1934 gesucht. Der promovierte Jurist, 1898 als Sohn eines Eisenbahnarbeiters in der Herzegowina geboren, war der Chef einer kleinen, rund 400 Mann umfassenden klerikalfaschistischen Terrorgruppe, die sich Ustaysa (Aufständische) nannte und gelegentlich mit der ebenfalls berüchtigten mazedonischen IMRO zusammenarbeitete.

Im Unterschied zum Faschismus westlicher Prägung, der – beispielsweise in Italien und Spanien – ein etatistischer war, gehörte der Ustaysa-Faschismus wie der Nationalsozialismus zur besonders widerlichen völkischen, ostischen Sorte. Am besten gedeiht diese dort, wo die Nation kein Faktum ist und man folglich bei der Stammeszugehörigkeit landet, wenn man sich seiner nationalen Identität zu vergewissern sucht. Während die etatistische Variante die Bevölkerung als gegeben voraussetzt, sich hauptsächlich um die Realisierung bestimmter korporativer oder imperialer Staatsvorstellungen kümmert und deshalb auf den Antisemitismus wie überhaupt auf den Rassismus weitgehend verzichten kann, impliziert die völkische stets eine Vertreibungs- und Ausrottungsstrategie. Beim kroatischen Faschismus kam hinzu, daß er sich mit einer Art katholischer Kreuzzugsideologie verband. Anklang fand die radikale Version der Mischung aus Blut & Boden plus Kirchenkampf beim katholischen Klerus einerseits, andererseits unter den ehrgeizigen Aufstiegswilligen ohne Aufstiegschancen in den Gymnasien und an der Universität – vom künftigen völkischen Staat versprach sich das akademische Proletariat seiner Ausbildung entsprechende Posten. Angesichts der dünnen sozialen Basis blieb der kroatische Faschismus eine Angelegenheit politisch bedeutungsloser Splittergruppen, die im Ausland arbeiteten und dort am erfolgreichsten Anhänger unter Emigranten warben. Wenn man das Wort volksfremd verwenden will, so traf es am besten auf die Völkischen selber zu.

Trotz der weltanschaulichen Verwandtschaft war deshalb Pavelic, der übrigens nach dem Krieg in Argentinien untertauchte und 1955 im Madrider Deutschen Hospital starb, selbst für die Nazis nur dritte Wahl. Unter besser beleumdeten und einflußreicheren kroatischen Nationalisten hatten sie vergeblich nach einer kollaborationswilligen Figur gesucht. Der Bericht, den der Bevollmächtigte des deutschen Außenministers Ribbentrop, SS-Standartenführer Edmund von Veesenmayer, seiner Dienststelle nach einem Treffen mit Pavelic gab, verdeutlicht die Qualität des Mannes an der Spitze, der sich Poglavnik (Führer) nannte: »Pavelic sei der Garant dafür, 'daß der Führer mit ihm keine Enttäuschung erleben' werde. Der zukünftige kroatische 'Staatschef' versicherte seinerseits, daß er 'überhaupt keine Außenpolitik zu führen' beabsichtige; 'das mache Adolf Hitler, und er (Pavelic) wolle nur sein Volk hochführen und den Beweis erbringen, daß Kroaten keine Slawen sind, sondern blut- und artmäßig sich letzlich zum Germanentum bekennen'. Er wisse, so fügte Pavelic hinzu, daß die 'Freiheit Kroatiens ausschließlich der Kraft des Führers' zu verdanken sei.« (Sundhaussen, Geschichte Jugoslawiens).
Eine Figur wie Pavelic an die Spitze des Staates zu stellen wiederum hieß, das Land an eine Bande vom Mördern und Plünderern auszuliefern, die es nur zerstören konnten. Das für den Faschismus charakteristische Bündnis zwischen Mob und Elite konkretisierte sich in Kroatien zu einer staatstragenden kriminellen Vereinigung, in welcher buchstäblich eine Horde von Sadisten, Psychopathen und Killern unter dem Kommando eines promovierten Juristen stand. Hauptmann Haeffner, ein Volksdeutscher aus Zagreb, berichtete Mitte 1941 seinem General, in der Ustaysa sammele sich »das ärgste Gesindel der Straße«: »Jeder Lausejunge, aber auch jedes kriminell evidentierte Individuum kann in diesem Staat Ustascha werden und als solcher soviel Waffen besitzen, als ihm nur beliebt.« Anfang 1942 war einem Bericht an das OKW Abteilung Ausland über die Lage in Kroatien zu entnehmen, daß sich »alle Volksteile mit verschwindenden Ausnahmen in der entschiedenen Ablehnung der Ustascha als der staatstragenden Einheitspartei« einig seien, denn: »Repräsentanten der Bewegung machen sich durch Überheblichkeit, Willkür, Raffsucht, Korruption stets aufs Neue unbeliebt. Zudem hören auch Untaten, Raub und Mord nicht auf. Kein Woche vergeht, in der nicht eine 'Säuberungsaktion' durchgeführt wird, bei der ganze Dörfer samt Frauen und Kindern dran glauben müssen, ein Vielfaches der erbeuteten Gewehre als blutige 'Feindverluste' gemeldet wird und die siegreichen Ustaschakompanien mit Beute beladen heimkehren.« (Zitate nach Fricke, Kroatien 1941-1945).

Von Beginn an zeichnete die deutsche Schöpfung Unabhängiger Staat Kroatien sich durch Massaker an der Zivilbevölkerung in einem Umfang aus, wie er selbst die Wehrmacht und die SS verblüffte, die in Kroatien keine uneingeschränkte Exekutivgewalt besaßen. Im gemischt besiedelten Gebiet einen völkisch homogenen Nationalstaat errichten zu wollen nämlich hieß, die halbe Bevölkerung ausrotten oder vertreiben zu müssen. Die Faustregel für die Behandlung der Serben war, daß ein Drittel umgebracht,

ein weiteres Drittel vertrieben und das letzte Drittel schließlich kroatisiert, d.h. zwangskatholisiert werden sollte. Das erste Konzentrationslager wurde einen Monat nach der Machtübernahme eingerichtet, zahlreiche Vernichtungslager, darunter das von Jasenovac, sollten folgen.

Soweit der Vertreibung und Ermordung nicht Juden4 oder Zigeuner, son- dern Serben zum Opfer fielen, rief der Eifer des Pavelic-Regimes bei seinen Schutzherren Verärgerung hervor. Nicht, daß die Deutschen in Jugoslawien zimperlich geworden wären, schließlich erging am 16. September 1941 der berüchtigte OKW-Befehl, wonach für jeden im Partisanenkampf umgekommenen deutschen Soldaten 50 bis 100 Zivilpersonen hinzurichten seien. Rund 80.000 Menschen wurden nach vorsichtigen Schätzungen auf Grund dieses Befehls von Wehrmachtskommandos ermordet. Das ungezügelte Wüten ihres Ziehkinds wurde den Deutschen vielmehr lästig, weil die Serben nicht nur in Kroatien, sondern auch in anderen Teilen Jugoslawiens darauf mit einem erbitterten Partisanenkrieg gegen die Wehrmacht reagierten. Obendrein verlor die Ustaysa den Rückhalt in der kroatischen Bevölkerung, welche die Staatsgründung bejubelt hatte, angesichts des Vernichtungsterrors gegen die Serben aber später massenhaft zum Widerstand gegen Ustaysa und Wehrmacht überlief – der Anteil der Kroaten an den Partisanenverbänden5 war höher, als es ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprach. So entstand in Kroatien die absurde Situation, daß ausgerechnet SS- und Wehrmachtsoffiziere sich in der Rolle wiederfanden, an der Zivilbevölkerung begangene Greueltaten beklagen zu müssen:
»Der Chef des Verwaltungsstabes beim Militärbefehlshaber Serbien, SS-Gruppenführer Harald Turner, teilte in einem Bericht vom 3. September 1941 an den deutschen Wehrmachtsbefehlshaber Südost mit, daß bis dahin aus Kroatien 104.000 Serben in das deutsche Besatzungsgebiet abgeschoben worden seien: 'Diese Menschen, die in ungezählten Fällen selbst Zeuge der bestialischen Hinmordung ihrer Angehörigen waren, hatten nichts mehr zu verlieren, konnten, da die Abschiebung auch ohne jede Anmeldung erfolgte, nicht aufgefangen oder untergebracht werden und gesellten sich darum zu den Kommunisten in die Wälder und Gebirge… Nach hier vorliegenden Meldungen sind allein in Kroatien rd. 200.000 Serben ermordet worden. Diese Ermordungen sind hier allgemein bekannt und werden mit Rücksicht darauf, daß die in Kroatien liegende Truppe diese Greueltaten nicht verhinderte, letztlich den Deutschen zur Last gelegt.' … In einer Denkschrift vom 27. Februar 1943 verlangte der Wehrmachtsbefehlshaber Südost, Generaloberst Löhr, die sofortige Ernennung eines Reichssonderbeauftragten zur Ausübung der vollziehenden Gewalt im USK. Er begründete seine Forderung u.a. mit der Tötung von 400.000 Serben durch die Ustaysa und dem dadurch hervorgerufenen Aufstand und dem völligen Prestigeverlust der Pavelic-Regierung. In einem zum gleichen Zeitpunkt abgefaßten Schreiben Glaise-Horstenaus (er bekleidete den Posten eines 'Deutschen Bevollmächtigen Generals in Zagreb') an Generalleutnant Warlimont im OKW heißt es: 'In der Tat ist die von Haus aus äußerst schwach fundierte Ustaysabewegung mit ihrer wahnsinnigen Ausrottungspolitik und ihren Greueltaten zum Symbol der mißglückten Staatsschöpfung geworden. War es an sich keine leichte Sache gewesen, einem Staate, der kein Nationalstaat, sondern ein Nationalitätenstaat ist, schematisch die Form des 'Führerstaates' zu geben, so hat inzwischen die staatstragende Totalitätspartei bei allen Völkern und Bekenntnissen jeden Boden verloren ….' Hitler lehnte dennoch alle Forderungen auf eine Amtsenthebung Pavelics ab. Er sehe keinen Grund, dem ihm ergebenen 'Poglavnik' in den Arm zu fallen. Man möge die Kroaten 'sich austoben lassen'.« (Sundhaussen, Geschichte Jugoslawiens).
Am Ende hatten sogar die SS und die Wehrmacht kapiert, daß den kroatischen Nationalstaat, gar den völkischen oder rassereinen, errichten zu wollen praktisch hieß, Jugoslawien in einem solchen Maße zu verwüsten, daß es nicht mal als Ausbeutungsobjekt mehr zu gebrauchen war und schon gar nicht die ihm zugedachte kriegswirtschaftliche Rolle als südöstlicher Ergänzungsraum spielen konnte. Sie begriffen nur nicht, daß die Katastrophe das logische Resultat deutscher Großraumpolitik gewesen war, deren Wesen nicht Aufbau ist, sondern Zerstörung. Zu Recht kommt Holm Sundhaussen in seiner Wirtschaftsgeschichte Kroatiens im nationalsozialistischen Großraum 1941 – 1945 zwar zu dem Schluß: »Aber trotz der Kollaborationsbereitschaft der Machthaber in Zagreb entwickelte sich der neue 'Staat' schon bald zu einem reinen Zuschußgebiet für das Reich. Die deutschen Erwartungen zerschlugen sich letztlich am geringen Entwicklungs- und Organisationsniveau der kroatischen Volkswirtschaft. Und an den politischen Fehlern Hitlers: Denn daß die geweckten Widerstandsbewegungen sowohl den politischen wie den wirtschaftlichen Zusammenbruch des kroatischen 'Staates' beschleunigten, steht außer Zweifel.« Doch er übersieht, daß es dasSystem von Hitlers Politik ist, was er für dessen politische Fehler hält. Es war nicht so, daß Hitler Fehler machte. Der Fehler war er.

Wenn heute die Motive für den verbissenen Eifer rätselhaft bleiben, den Deutschland bei seinen Attacken auf Jugoslawien entwickelt, so deshalb, weil die Politik das Ereignis antizipiert, das sie erklären würde. Als hätte der bevorstehende Kollaps der Weltwirtschaft schon stattgefunden, stellt man sich hier auf Verhältnisse ein, unter denen die herkömmliche ökonomische Vernunft keine Basis in der Realität mehr besitzen würde. Denn ist der Kapitalismus einmal zusammengebrochen, so gewinnt die Regression eine gewisse Plausibilität, statt in Wertverhältnissen wieder in Naturalien zu denken. Nicht mehr die Höhe des Bruttosozialprodukts, die Außenhandelsbilanz und die Stabilität der Währung zählen dann. Denkt man sich den internationalen Warentausch weg, so kommt es allein auf die direkte, nicht ökonomisch vermittelte Verfügungsgewalt über Nahrungsmittel, Ackerland, Bodenschätze, Arbeitskraft und andere Ressourcen an. Die neueste Ökonomie ähnelt der ganz alten, wo man sich statt aufs Sparbuch lieber aufs Eingemachte im Keller verließ. An die Stelle der wirtschaftlichen Konkurrenz zwischen den Nationen tritt wie zuvor im Zeitalter der Dynastien wieder der Kampf um Gebiete. Der bankrotte Osten und Südosten, den keiner geschenkt haben möchte, der in den noch gültigen ökonomischen Kategorien denkt, verwandelt sich dann in den Lebensraum, von dem die Nazis schwärmten. Wo heute die nackte Not regiert, entstehen vor dem inneren Auge auf der Landkarte schon Kornkammern und Erdöllager. Die Welt erscheint als Anhäufung von Beutegut, und sie wird mit den Augen des Plünderers

betrachtet. Vergessen wird dabei freilich, daß der existierende Reichtum unter dem Kapital nur ein flüchtiges, ein verschwindendes Moment seiner Bewegung ist. Es lohnt kaum, sich in den Besitz irgendwelcher Produkte zu bringen, wenn man nicht auch produzieren kann, wozu wiederum die Einrichtung des entsprechenden gesellschaftlichen Produktionsverhältnisses erforderlich wäre. Wie die Geschichte Kroatiens, aber auch Deutschlands zeigt, ist es diese Aufgabe, woran die Faschisten scheitern. Sie können die Welt vernichten, eine dauerhafte Herrschaft auf ihr errichten können sie nicht. Das ist ein schwacher Trost, aber einen besseren gibt es nicht.

Was Deutschland dazu befähigt, in solchen Zusammenbruchszeiten eine Vorreiterrolle zu spielen, ist die Bereitschaft, sich leichter als andere Nationen von den zivilisatorischen Errungenschaften des bürgerlichen Zeitalters zu trennen. Man darf vermuten, daß die Weltwirtschaftskrise von 1929, welche zeigte, daß der Fortschritt unter dem Kapital nicht nur seinen Preis hatte, sondern obendrein ein geschichtlich befristeter war, hier als Katastrophe und zugleich als eine Art Erlösung erlebt worden ist. Die Großraumkonzepte aus dieser Zeit bekunden vor allem den Willen zum Bruch mit dem Weltmarkt, der schließlich einmal tendenziell alle lokalen Beschränkungen aufgelöst und die Menschen aus der unbedingten Abhängigkeit von den vorgefundenen natürlichen Lebensbedingungen befreit hatte. Nur auf dem Weltmarkt konnte sich die freie Konkurrenz universell entfalten, jene Kraft, die im Sinne eines unbegrenzten Fortschritts der Produktivkräfte als automatisches Regulativ der Produktion wirken und Warentausch in stets wachsendem Umfang herbeiführen sollte. Zum Welthandel gehören der weltweite Reiseverkehr, der freie Informationsaustausch und die Mobilität der Ware Arbeitskraft, in der Terminologie des Faschismus auch Völkervermischung, Entwurzelung oder Überfremdung genannt. Der Weltmarkt stellt den Inbegriff dessen dar, wogegen die Ressentiments in Deutschland nie wirklich verschwunden sind.

Keineswegs aus Gründen wirtschaftlicher Vernunft, sondern weil es die Erfüllung einer alten Sehnsucht verhieß, ließ die deutsche Außenpolitik sich seit 1929 vom Gedanken leiten, daß das Reich autark werden müsse. Autarkie im strengen Sinn aber hätte einen gewaltigen Verzicht auf wirtschaftliche Leistungskraft bedeutet. Um ohne solche Einbußen Autarkie zu erreichen, mußte Deutschland sehr viel größer werden, was sich wiederum mit der Vorstellung vom Nationalstaat, gar vom völkisch reinen, nicht vertrug. Die Lösung des Problems versprach man sich von einer Neuaufteilung der Welt, zunächst von einer nationenübergreifenden Neuordnung Europas. Das Neue an der Neuordnung sollten deren Elemente sein, Großräume oder Lebensräume, worunter nach außen abgeschlossene Wirtschaftszonen unter Führung einer Hegemonialmacht verstanden wurden, deren Führungsrolle als durch ihre bloße Stärke – man sprach auch von natürlicher Leistungskraft – schon sittlich gerecht fertigt galt. Neben der Großmacht, d.h. dem Deutschen Reich, wo das Herrenvolk residierte, kamen in diesen Märchen die Hilfsvölker vor, die in der damaligen Terminologie wirtschaftliche Ergänzungsräume bewohnten, und eines davon sollten auch die Jugoslawen werden.

Ein halbes Jahr bevor die Wehrmacht Jugoslawien überfiel, erklärte bei einer Zusammenkunft des mitteleuropäischen Wirtschaftstages im September 1940 Max Ilgner, damals Vorstandsmitglied der IG Farbenindustrie AG: »Deutschland und die Länder des Südostens bilden zusammen einen Lebensraum.« Gemeint war damit, daß deutscher Lebensraum keineswegs nur Gebiete umfassen solle, in denen »Deutschland siedeln oder leben will«, sondern zusätzlich solche, »mit denen Deutschland zusammenleben und Wirtschaft treiben will« (Sundhaussen, Wirtschaftsgeschichte). Wie rege darüber diskutiert wurde, zeigt die Auswahl einiger damals erschienener und heute durchaus modern klingender Buchtitel: Die Länder des Südostens und die europäische Wirtschaftsgemeinschaft (1944); Die wirtschaftliche Bedeutung Südosteuropas für das Deutsche Reich (1939); Deutschland und der Südosten im Rahmen der zukünftigen europäischen Wirtschaft (1941); Großdeutschland-Südosteuropa. Entwicklung und Zukunftsmöglichkeiten der Wirtschaftsbeziehungen (1939); Der Südosten, Großdeutschland und das neue Europa (1941). Europa hieß also schon damals das Zauberwort, wie auch Victor Klemperer notierte: »Sooft der Name Europa während der letzten Jahre in der Presse oder in Reden auftaucht – und je schlechter es um Deutschland steht, um so öfter und um so beschwörender geschieht das – , immer ist dies sein alleiniger Inhalt: Deutschland, die Ordnungsmacht verteidigt die Festung Europa. In Salzburg zeigte man eine Ausstellung: Deutsche Künstler und die SS. Eine Schlagzeile des Berichts hierüber lautet: 'Vom Stoßtrupp der Bewegung zur Kampftruppe für Europa'.« (LTI)

Innerhalb der Großräume war zwar Arbeitsteilung vorgesehen, aber keine Konkurrenz, weshalb der substitutive Warentausch behindert und der komplementäre gefördert werden sollte. Komplementärer Warentausch auf Clearing-Basis bedeutet, daß jedes Land nur Produkte importiert, die es selber nicht herstellen kann. Mit der Konkurrenz freilich entfällt auch der Markt, d.h. der unparteiische Schiedsrichter oder die nach rein objektiven Kriterien urteilende Instanz, welche die Produktion – Volumen, Standorte, Verfahren, etc. – reguliert, und eben diese vakant gewordene Position wird von der Hegemonialmacht selber besetzt, die den anderen Nationen, die als Hilfsvölker, und den anderen Ländern, die als wirtschaftliche Ergänzungsräume gelten, Vorgaben macht hinsichtlich Art und Umfang dessen, was sie liefern müssen und dafür bekommen. Daß der Tausch unter Verhältnissen fortexistiert, wo seine Voraussetzungen fehlen, unterscheidet die faschistische Großraumwirtschaft vom Prinzip der kommunistischen Planwirtschaft und ähnelt ihrer schlechten Praxis. Ohne Markt, auf dem sich freie und voneinander unabhängige Subjekte – in diesem Fall autonome Völkerrechtssubjekte – begegnen, kann der Wert der Waren nicht ermittelt werden. Die Festsetzung des Preises oder der Austauschrelation wird zu einem Willkürakt. Tausch aber, der nicht auf freier Entscheidung unabhängiger Subjekte beruht, sondern durch einen Willkürakt zustande kommt – also wenn ich jemanden zwinge, mir seinen Besitz für ein Butterbrot abzutreten, wie es die Nazis bei der Arisierung sogenannten jüdischen Eigentums taten – , ist die legalisierte Form des Raubes. Sein Wesen ist, daß ich zwar zwischen mir und dir, aber nicht zwischen mein und dein unterscheiden will. Die Einteilung der Welt in Nationen, deren Abschaffung überfällig ist, wird im nationalsozialistischen Großraum

nicht aufgehoben, aufgehoben wird nur die Verfügungsgewalt der Nationen über ihr Eigentum.

Gleichwohl sollte nach Meinung seiner Propagandisten das Großraumkonzept nicht nur das leistungsfähigere, sondern auch das moralisch überlegene sein, weil es – durch Ausschaltung der Konkurrenz – zur echten Solidarität zwischen den tauschenden Volkswirtschaften führen würde. Auf dieser Entwicklungsstufe wäre die Phase der Scheinsolidarität überwunden, worunter man die durch den Welthandel vermittelte Arbeitsteilung zwischen den Nationen verstand, und ebenfalls überwunden wäre die nachfolgende Phase der Desintegration, in welche die Weltwirtschaft durch die globale Krise von 1929 geraten war. Die Vorstellung vom wirtschaftlichen Großraum damals dürfte der heutigen vom Biotop verwandt gewesen sein, in welcher der Naturprozeß des Fressens und Gefressenwerdens und die uneingeschränkte Macht des Stärkeren sich zur harmonischen, symbiotischen, konfliktfreien, kooperativen, mit einem Wort: organischen Ordnung der Dinge verklärt, weshalb es auch üblich war, statt vom Großraum von der Lebensraumgemeinschaft zu sprechen. Kohls pampige Intervention zugunsten der Erhaltung des Regenwalds bei seinem Staatsbesuch in Brasilien und die Jugoslawienpolitik der Bundesregierung sind vom gleichen Schlag.

Nimmt man den Hecht im Karpfenteich, und betrachtet man die Existenz dieses Tiers unter ökologischen Gesichtspunkten, so ist es schwer zu sagen, wo seine Interessensphäre eigentlich endet, weil schließlich in der Natur im Prinzip alles mit allem irgendwie zusammenhängt und der Raubfisch angewiesen ist nicht nur auf sein eigenes Revier, sondern auch auf die Reviere seiner Beutetiere. Manche dieser Beutetiere werden vielleicht Algen fressen, während andere nach Mücken schnappen, so daß dem Hecht die Kontrolle nicht nur über den Gewässerschutz, sondern auch über das Festland und den Luftraum zugesprochen werden und er sogar gegen die Rodung der tropischen Regenwälder Einwände geltend machen könnte.

Analog dazu fiel es den Deutschen nicht leicht, ihrem Streben nach Kontrolle über den Rest der Welt überhaupt noch irgendwelche Grenzen zu setzen, wie zwei Papiere der Reichsstelle für Raumordnung – so hieß sie wirklich – vom April 1941 zeigen. Das Gebiet zwischen Donau und Adria sei, so meinte das eine, schon immer eine »Haupt- und Kernfrage« großdeutscher Politik gewesen, »und dies nicht aus Herrscherlaune, sondern aus raumpolitischen Gründen«: »In unserer Zeit erleben wir sowohl das Schlagwort Wien-Saloniki, das zur Bezeichnung der österreichischen Politik der letzten 20 Jahre vor dem Weltkrieg von 1914 aufkam, wie das andere Zielwort Berlin-Bagdad, mit dem man die deutsche Politik charakterisierte, und wir erlebten dann im Weltkrieg den militärischen Durchbruch der Mittelmächte durch das Donau-Adria- und Balkangebiet nach Vorderasien mit dem schweren Fehler des Liegenlassens von Saloniki in feindlichen Händen, und wir erleben jetzt wiederum den notwendig gewordenen Durchbruch der deutschen Armeen und der deutschen Politik in die gleiche Richtung. Muß man nicht aus all diesen alten und neuen Vorgängen mit Notwendigkeit schließen, daß die Ordnung der Verkehrsräume zwischen Donau, Adria, Ägäis und schwarzem Meer ein einfach unabweisbares Gebot jeder großdeutschen, den inneren Donauraum und damit auch seine äußeren Verkehrsbedürfnisse umfassenden Politik ist?«

Das zweite Papier teilte den Balkan in zwei Zonen auf: »Die eine zielt über das Mittelmeer nach Nordafrika, Ägypten und der syrischen Küste zu, die andere über das Marmara-Meer und über das Schwarzmeer nach Vorderasien, Südrußland, den Kaukasus und über Batum, Erzurum nach Transkaukasien und Iran.« Geschlußfolgert wurde daraus, daß Südosteuropa und das Schwarze Meer »also nicht nur die Funktion der ergänzenden Wirtschaft des Großdeutschen Raumes« hätten, sie seien »vielmehr zum Ausgleichs- und Übergangsraum« nach Nordafrika, Vorder- und Mittelasien geworden: »Hierin liegt die gewaltige und nicht zu übersehende Bedeutung des Donauraumes und der Länder an der unteren Donau, die sie für sich haben und ihnen im Zusammenhang und in ihrer Funktion als Ergänzung des mitteleuropäischen Raumes zukommt.«

Wie alle geographischen Grenzen des Großraums in der zitierten Betrachtung zerfließen, so entweicht daraus jede Zweckbestimmung. Klar wird nur, daß die Planer, wenn es um Raum geht, am liebsten alles wollen, auch Mittelasien ist mit Blick auf Fernost wiederum Übergangsraum, usw. Völlig unklar bleibt, wie in dem immer weiter ausufernden Riesenreich gelebt und produziert werden soll, wie die Deutschen es verwalten und kontrollieren wollen. Schon als die Deutschen Jugoslawien erobert hatten, wußten sie damit so wenig anzufangen, wie der Westen heute ratlos vor dem Chaos steht, das er im Osten anzurichten half: »Die staatlichen Planungsarbeiten zur systematischen und längerfristigen Gestaltung Südosteuropas in der nationalsozialistischen Großraumwirtschaft befanden sich im Frühjahr 1941 auf einem toten Punkt. Von der Planungseuphorie, die nach dem Waffenstillstand mit Frankreich im Sommer 1940 eingesetzt hatte, war ein dreiviertel Jahr später nur noch wenig zu spüren. Ausschlaggebend für den Stillstand war neben der unkalkulierbaren Dauer des Krieges Hitlers beharrliches Schweigen zu konkreten Fragen der Großraumplanung – angefangen von der territorialen Abgrenzung der Einflußsphären bis zu Grundsatzentscheidungen über entwicklungs- und regionalpolitische Fragen im Großraum.« (Sundhaussen, Wirtschaftsgeschichte). Der Grund für Hitlers Schweigen wiederum war, daß konkrete und zugleich realisierbare Pläne für die Großraumwirtschaft damals ebensowenig existierten, wie heute kein Mensch weiß, wie das Wunder geschehen soll, daß der Staat Befehle erteilt und sich per Befehl dann im Zeitalter der Monopole die freie Marktwirtschaft entwickelt. In der Propaganda der Nazis gegen das raffende (jüdische) und für das schaffende (deutsche) Kapital drückt sich die projektiv gewendete Ahnung aus, daß sie selber ordinäre Banditen waren, die morden, brandschatzen und plündern können, aber unfähig sind, die Produktion und überhaupt ein geregeltes Leben zu organisieren.

Die Größe und die Vielfalt ihrer umspannenden Aufgabe, die sie dann noch von Rackets unterscheidet«,schrieb Horkheimer 1941 über die zur Gangsterbande transformierte Bürgerklasse, »schlägt einerseits in die Qualität weitausgreifender Planung, andererseits in den Anschlag auf die Menschheit um.« Ihn zu vereiteln sind heute die objektiven Bedingungen günstiger denn je, weil anders als damals eben nicht die Wehrmacht in ganz Europa steht. Der Sozialismus in Jugoslawien, der damals mit

anderthalb Millionen Toten zu bezahlen war, ist heute billiger zu haben, und er könnte, weil der Preis ein geringerer ist, ein besserer Sozialismus sein. Die Präventivstrategie der Deutschen, schon vor der großen Krise Maßnahmen wie in der Zeit danach zu ergreifen, könnte sich als abschreckendes Lehrbeispiel erweisen. Im Osten bekommen die Massen des Westens vorgeführt, was ihnen selber blüht. Die Möglichkeit besteht, daß sie dies im richtigen Augenblick noch erkennen. Während der Sozialismus von 1917 scheitern mußte, weil der »Sozialismus in einem Land« nicht gelingen kann, hätte er dann als weltweiter und auch die entwickelten Länder umfassender die Chance, die in ihn gesetzten Hoffnungen einzulösen. Viele Möglichkeiten sind das nur, aber noch nie war die Revolution etwas anderes. Sie geschieht, wenn die Menschen die sich ihnen bietende Gelegenheit ergreifen, andernfalls geschieht sie nicht. Feststehende Tatsache ist nur, daß die Klassenherrschaft noch nie so schwach war, wie sie dies heute ist, im Augenblick ihres jüngsten Triumphes.

Anmerkungen

1) Arthur Koestler, Frühe Empörung, Gesammelte autobiographische Schriften Band I, Wien – München – Zürich 1970, S. 236 ff.

2) Wie sich die Zeiten geändert haben, wird deutlich, wenn man zitiert, was 1964 in Deutschland noch die über Jugoslawien herrschende linksliberale Lehrmeinung war: »Als wichtigstes Ergebnis bleibt festzuhalten: die Ustascha, die als radikale Protestbewegung gegen die mangelhafte und ungerechte Verwirklichung des nationalen Selbstbestimmungsrechts in Jugoslawien entstanden und von den faschistischen Führungsmächten in die Macht eingesetzt worden war, führt nicht über die jugoslawische Lösung hinaus, sondern weit hinter sie zurück. Daß das aufgeteilte Staatsgebiet des ehemaligen Königreiches der Südslawen während des zweiten Weltkriegs in längst überwunden geglaubte, mit tödlichem Fanatismus geführte regionale Volks- und Religionskriege zurückfiel, war nicht zum geringsten von der Ustascha verursacht. Im Blick auf diese chaotische Re-Balkanisierung ist aber auch – ohne Beschönigung kommunistischer Gewaltsamkeit – die Bedeutung der Partisanenbewegung Titos zu messen. Sie konnte nicht nur die entschiedenste antifaschistische Aktivität für sich beanspruchen. Gegenüber der zerstörerischen Rivalität eines provinziellen, völkisch-religiösen Nationalismus vermochte die kommunistische Volksbefreiungsfront Titos auch den Kredit zu gewinnen, daß sie die überzeugende überregional-jugoslawische Bewegung sei, die aus dem Chaos der Balkanisierung herausführen könne.« (Hory/Broszat, Der kroatische Ustascha-Staat, S. 178 f.)

3) Auch damals wurde allerdings eine andere Variante erwogen: Unruhen in Kroatien, inszeniert als Vorwand für den nachfolgenden Einmarsch deutscher Truppen »zum Schutze der kroatischen Bevölkerung«. Nach der Proklamation »eines freien unabhängigen kroatischen Staates« sollte eine förmliche »Aufrufung um Schutz und Hilfe« an das Deutsche Reich gerichtet werden. Per Funktelegramm wies Außenminister Ribbentrop am 31. März den deutschen Botschafter in Zagreb an, die Kroaten wissen zu lassen, »daß wir im Rahmen der Neuordnung Europas ein selbständiges Kroatien vorsehen würden, wenn der jugoslawische Staat an seinen Fehlern zugrunde geht.« (Zitiert nach Hory/Broszat, S. 45 ff.)

4) Bei der Verfolgung von Juden brach das von seinem Schutzherrn angefeuerte Pavelic-Regime alle Geschwindigkeitsrekorde. 10. April 1941: Unabhängiger Staat Kroatien wird proklamiert; 15. April: Pavelic trifft in Zagreb ein; 18. April: Erstes Arisierungsgesetz; 4. Juni: Gesetz »zum Schutz der nationalen und arischen Kultur des kroatischen Volkes« verbietet Juden Tätigkeit bei Presse, Rundfunk, Theater, Film, Musik, Sport; ebenfalls 4. Juni: Verordnung zur Kennzeichnung der Juden und jüdischer Geschäfte mit dem Davidstern; 5. Juni: Entfernung der Juden aus der Beamtenschaft und den akademischen Berufen, Anmeldepflicht für alles Juden gehörende Vermögen; September/Oktober: Entschädigungslose Enteignung jüdischen Vermögens; die Juden werden in Zwangsarbeitskommandos oder in Lager gebracht, viele werden dort von den Ustaysa-Wachmannschaften bereits ermordet. Wer im Frühjahr 1943 noch lebte, wurde nach Auschwitz deportiert.

5) Über die Ursache ihrer militärischen Erfolge liest man im Lagebericht des Befehlshabers der deutsche Truppen in Kroatien vom 22.12.1942: »Die politischen Parolen (der Tito-Führung) erstreben bei klugem Verzicht auf das Herausstellen weltrevolutionärer Pläne die Zusammenfassung aller Bürger des Landes gegen Tschetniks, Ustaschen und Okkupatoren. Die humane Behandlung kroatischer Landwehrmänner hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Ganz allgemein herrscht das Bemühen vor, die Aufstandsbewegung durch Disziplinierung und fürsorgliche Verwaltungsmaßnahmen für die Machtübernahme gesellschaftsfähig zu machen.« (Zitiert nach Hory/Broszat, S. 140 f.).
Im Maße, wie die Partisanen Zulauf von Kroaten bekamen, richtete der deutsche Terror sich auch gegen die kroatische Zivilbevölkerung. Im April 1944 wurden in Dalmatien von der volksdeutschen SS-Division Prinz Eugen über 400 kroatische Männer und Frauen umgebracht. Am Ende hatten die Deutschen es mit allen Parteien gründlich verdorben.

Literatur:

Muriel Heppel, F.B. Singleton, Yougoslavia, London 1961;
Gerd Fricke, Kroatien 1941 – 1945. Der »Unabhängige Staat« in der Sicht des Deutschen Bevollmächtigten Generals in Agram, Glaise v. Horstenau, Freiburg 1972;
Ralph Giordano, Wenn Hitler den Krieg gewonnen hätte. Die Pläne der Nazis nach dem Endsieg, Hamburg 1989;
Ladislaus Hory, Martin Broszat, Der kroatische Ustascha-Staat 1941 – 1945, Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Stuttgart 1964;
Holm Sundhaussen, Die Geschichte Jugoslawiens 1918 – 1980, Stuttgart 1982;
Holm Sundhaussen, Wirtschaftsgeschichte Kroatiens im nationalsozialistischen Großraum 1941 – 1945. Das Scheitern einer Ausbeutungsstrategie, Stuttgart 1983

← PREVIOUS NEXT →